Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 3,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pf., für Auswärtige 50 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 60 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 68. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | **Namslau, Sonnabend, den 14. Juni.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Sehr ernste Lage an der polnischen Grenze.

Die Polen erwarten den Angriffsbefehl.

Erzberger an General Dupont.

Berlin, 12. Juni. Eine ganze Reihe höchst beunruhigender Meldungen über die Verschärfung der Lage an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben den Reichsminister Erzberger veranlaßt, heute folgendes Schreiben an General Dupont, den Chef der französischen Militärmission in Berlin, welchem zugleich die Verbindung mit der interalliierten Kommission in Warschau obliegt, zu richten:

Herr General!

Der Reichsregierung ist folgender polnischer Befehl zur Kenntnis gebracht worden:

Die Armee Haller, Teile der französischen Armee, die in der Mehrzahl aus deutschen und österreichischen kriegsgefangenen Polen besteht, also Landsleuten des jetzigen polnischen Reiches, wird jetzt der polnischen Armee zugestellt. Die Republik Polen befindet sich im Kriegszustand mit Deutschland. Sie hat auch das Recht, die Armee Haller gegen Deutschland zu verwenden. Auf Veranlassung des Kriegsministeriums vom 3. 6. 19 werden zwei Divisionen der Haller-Armee in den nächsten Tagen nach Posen abtransportiert und dann sofort an der ganzen Front verteilt.

Unterschrift. Generalstab Posen.

J.-Nr. 378/46/a19.

Ferner gehen nach abgehörten Gesprächen von Lissa die Leerzüge der Haller-Transporte nicht mehr zurück und erfolgen Ausladungen gegen Deutschland, da

Befehl zum Angriff in den nächsten Tagen erwartet wird.

Außerdem sind folgende Telephongespräche zwischen Posen und Kaukel bekannt geworden:

a) Es sind keine Leerzüge mehr nach Lissa herauszuschicken, da heute oder morgen der Angriffsbefehl kommt. Die letzten Hallerzüge werden spätestens übermorgen kommen.

b) 1,12 Uhr kommt Hallerzug. Er wird in Kaukel ausgeladen. Sämtliche Hallerzüge die noch kommen, werden in Krotoschin und Boguschin, Punitz und Kaukel ausgeladen.

Endlich wurde in den letzten Tagen gemeldet:

a) nach mehrfachen Aussagen von Ueberläufern sind aus Hallertruppenteilen in Warschau Mannschaften herausgezogen, in Abteilungen von mehreren hundert Mann zusammengestellt und nach Posen befördert worden.

b) In einem Funkspruch vom 7. 6. französischer Klartext von Polen an den Effelturm, an das Kriegsministerium Paris, unterschrieben von General Dowbor Musnicki, wird gebeten, vier Eisenbahnwagen mit Pneumatik und Material zur Ausbesserung, die sich auf dem Wege von St. Didier durch Deutschland nach Posen befinden, umzuleiten, da sich die Lage verschärft habe.

Diese polnischen Maßnahmen würden, falls sie zutreffen, den Vereinbarungen des Waffenstillstandes und auch den mündlich gegebenen Zusicherungen des Marschalls Foch widersprechen. Es ist bei den örtlichen Behörden durch diese Maßnahmen eine starke Erregung entstanden, wodurch unerwünschte Konflikte hervorgerufen werden können. Ich bitte daher um unverzügliche Klärung und Abstellung für den Fall, daß die Gerüchte den Tatsachen entsprechen sollten. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit darf ich einer Antwort im Laufe des morgigen Tages entgegensehen.

gez. Erzberger.

Die Rüstungen der Polen.

Wtb. Danzig, 12. Juni. In einem Funkspruch aus Warschau, gezeichnet Vizeminister Majewski, Brigade-General, an die polnische Militärmission, General Nome in Paris, werden per Sonderzug 10 000 Gasmasken sowie Mauser- und Mannlicherpatronen verlangt. Ferner sollen außer den bereits festgesetzten Bestellungen von den elf polnischen Sendungen wenigstens die Artillerie abgesandt werden.

An den Staatspräsidenten der polnischen Republik, Paderewski in Paris, erging die Weisung, den alliierten Regierungen und Marschall Foch die Bitte des Kriegsministeriums zu übermitteln, daß Rumänien den Auftrag erhält, eine bestimmte Anzahl russischer vollzähliger 3 Zoll-Batterien von dem dort gebliebenen Material sowie wenigstens 3000 Schuß pro Geschütz an Polen abzutreten. Die Angelegenheit sei dringend wegen des langsamen Eintreffens der französischen Artillerie.

Der polnische Aufmarsch gegen Deutschland.

Von der Haller-Armee hat auf dem Durchmarsch durch Deutschland nach der 1., 2., 3., 6. und Lehr-Division etwa die Hälfte der 7. Division polnisches Gebiet erreicht. Mit den Transporten der letzten Tage sind auch die Tankgeschwader der einzelnen Divisionen (ein Geschwader zu 24 Tanks) durch Deutschland durchgekommen. Polnisches Gebiet haben damit bereits 72 Einheiten dieser Waffe erreicht, über die wir Deutschen bekanntlich nur in außerordentlich geringer Anzahl verfügen.

Die Lage an der polnischen Ostfront tritt vollkommen zurück vor den Ereignissen an der polnisch-deutschen Grenze. Polen befindet sich im vollen Aufmarsch gegen Deutschland und zwar mit allen verfügbaren Truppen seiner auf 300000 Mann zu

Freiwillige vor!

zum Eintritt in die

Reichswehr!

Jeder im Grenzschutz Ost tätige Unteroffizier und Mann erhält:
a) mobile Löhnung nach Dienstgrad;
b) 3 Mark täglich Reichswehrzulage;
c) 2 Mark tägliche Kampfzulage;
d) 1.65 Mark täglich Löhnungszuschuß für Verheiratete ohne Kind,
2,65 Mark täglich Löhnungszuschuß für Verheiratete mit einem Kind, für jedes weitere Kind 1 Mark täglich mehr;
e) 30 Mark Treueprämie, steigend bis 50 Mark für außerhalb der Reichsgrenze stehende Truppen, soweit vertraglich zuständig;
f) freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft.

Unteroffizieren und Mannschaften steht die Offizierslaufbahn offen. 30 vom Hundert der Beförderungen zu Leutnants sind für Unteroffiziere vorbehalten.

Alle 6 Monate 10 Tage Erholungsurlaub.

Verantwortungsfreudige Männer melden sich umgehend in der

Kreiswerbestelle Namslau,
Kreishaus, Zimmer 5.

Vollendung des 17. Lebensjahres Bedingung.

berechnenden Streitkräfte, zu denen die 50000 Mann der Deutschpolen in der Provinz Posen hinzuzurechnen sind. An der Ostfront sind angesichts der dort von den Bolschewiki in kaum nennenswerter Weise drohenden Gefahr nur die allernotwendigsten Kräfte belassen worden, alles irgendwie Entbehrliche befindet sich auf dem Abtransport nach den deutschen Grenzen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Aufmarsch der Polen in vollem Gange ist: Hohe Stäbe sind an die deutschen Grenzen heran verlegt worden, der Stab von Haller selbst angeblich nach Krakau. Hohe Offiziere — es handelt sich meist um französische Generäle — besichtigen die in der Nähe der deutschen Grenzen bereits angekommenen Truppen. Die polnischen Dörfer an der deutschen Grenze müssen bis zu bestimmten Terminen, — anscheinend zur Freimachung von Quartieren, — geräumt werden. Truppenteile, die in der Ukraine abgekämpft waren, erscheinen nach Wiederauffüllung und langer Erholungszeit an der deutschen Grenze.

Sämtliche Hallerschen Divisionen sind unseren Grenzen gegenüber zusammengezogen worden, und zwar zwei Divisionen der Hallerschen Armee, die bisher anstatt zur Bekämpfung der Bolschewiki, zur Niederringung der ukrainischen Anti-Bolschewisten Verwendung gefunden hatten, stehen gegenüber dem oberschlesischen Kohlengebiet bei Czenstochau, wo sie kürzlich vom General Haller besichtigt wurden und bei Auschwitz zum Vormarsch bereit. — Drei Divisionen Hallers stehen gegenüber der ostpreußischen (2) und der westpreußischen (1) Südgrenze. Die der Zahl nach sechste Haller-Division, der Nummer nach die siebente, ist zunächst für Lodz bestimmt. Sollte diese Division die letzte der durch Deutschland zu transportierenden sein, so ist damit zu rechnen, daß die Polen nach Beendigung des Transportes die Maske fallen lassen und die Hallerschen Divisionen auch in der Provinz Posen einsetzen.

Nach Warschauer Zeitungen hat auf dem Kalischer Bahnhof bereits Ende Mai eine Zusammenkunft zwischen Pilsudski und dem Posenschen Oberkommandierenden Dowbor Musnicki stattgefunden. Hierbei hat sich Dowbor Musnicki mit seinen Truppen dem Oberbefehl Pilsudskis unterstellt. Auch dies weist darauf hin, daß demnächst mit der Verstärkung der posenschen Nordgruppe, die voraussichtlich den Angriff auf die Linie Schneidemühl—Bromberg—südwestlich Thorn, eröffnen dürfte, durch kongreßpolnische Truppen zu rechnen ist.

Wie die Polen in Galizien hausen.

WTB. Wien, 12. Juni. Aus Lemberg wird durch einen Boten folgender Hilferuf der Ukrainer gebracht:

Das in Ostgalizien einrückende polnische Militär und die neu eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden führen gegen die Ukrainer und Juden einen wilden Ausrottungskampf. Ueberall wurde das Standrecht verhängt und militärische Strafabteilungen errichtet. Die in polnische Gefangenschaft geratenen ukrainischen Soldaten, auch Offiziere, werden sofort gehängt, Kranke und Verwundete werden getötet. In den Städten und Dörfern werden die Angehörigen der ukrainischen Intelligenz, vor allem Geistliche und Lehrer, massenhaft verhaftet und zumeist standrechtlich sofort abgeurteilt. Pfarrer Demtschuk in Sokal, ein 70jähriger Greis, wurde standrechtlich aufgehängt, weil sein Sohn als ukrainischer Stadtkommandant fungierte. Ebenso wurden die Pfarrer Pelenskyj, Lopatinsky und Pelech gehängt. Pfarrer Nyschankowskyj aus Stryj wurde ohne Verhör von polnischen Soldaten erschossen. Die ukrainischen Eisenbahner und Postbediensteten in Lemberg wurden verhaftet. Eine in das Basilianer-Kloster in Zowkwa eingedrungene polnische Legionsabteilung verhaftete sämtliche Mönche und steckte die Druckerei, die Bibliothek und die Kunstsammlung in Brand. In der ukrainischen Kirche in Domaschyr wurde ein Mannschaftsklosett eingerichtet. Die rituellen griechisch-katholischen Begräbnisse der Ukrainer sind verboten.

Die Wahrheit über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

Trübe Aussichten.

Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir mit unseren Gegern werden Frieden schließen können oder nicht. Da ist es an der Zeit, sich einen kleinen Ueberblick zu verschaffen, in welche wirtschaftliche Lage ein Friedensvertrag auf der Grundlage des Verbandsentwurfes oder ein Vertrag, der nicht durchgreifende Aenderungen in den wesentlichen Punkten enthielte, Deutschland bringen würde.

Schon unabhängig vom Friedensvertrage ist die künftige wirtschaftliche Lage Deutschlands außerst schwierig. Die Arbeitsleistung ist geringer infolge Unterernährung, politischer Unruhe und Verkürzung der Arbeitszeit. Auf der andern Seite ist der Unternehmungsgeist angesichts der Unmöglichkeit irgend einer Kalkulation gelähmt. Die Steuern und Löhne sind unsichere, drohende Faktoren, der gesamte Wirtschaftskörper ist in starker Unruhe, da in keiner Weise zu übersehen ist, welche Wirtschaftsformen an Stelle der bisherigen treten werden. Bis in alledem ein gewisses Gleichgewicht eintritt, wird geraume Zeit vergehen. Umwälzungen von solch unerhörtem Umfang, wie sie der deutsche Wirtschaftskörper durchmacht, können nicht von heute auf morgen wieder zur Ruhe kommen.

Zu diesen überaus schwierigen Verhältnissen, an denen an sich schon mancher verzweifeln möchte, kommen die Bedingungen des Friedensvertrages. Was sie finanziell Deutschland aufbürden wollen, ist bekannt. Mögen sie im einzelnen gemildert werden oder nicht, sie bedeuten eine Schuldknechtschaft des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus und die Unmöglichkeit, daß irgend jemand mehr verdient, als er für die dringendste

Notdurft seines Lebens braucht. Sie bedeuten ferner eine völlige Zerrüttung unseres Kreditsystems und, da uns nichts anderes übrig bleibt, als ins Ungewisse Noten zu drucken, auch eine Zerrüttung unseres Geldsystems durch Papiergeldwirtschaft.

In der Versorgung mit den beiden Rohstoffen, auf denen Deutschlands Industrie und seine wirtschaftliche Kraft sich gründeten, treten umwälzende Aenderungen ein. Selbst wenn

(Fortsetzung in der Beilage.)

Lokales.

?? Namslau, 13. Juni. (Die Deutsche Turnerschaft) hat einen überaus herben Verlust zu beklagen: in der Nacht zum 3. d. Mts. starb ganz plötzlich in Breslau der erste Vorsitzende derselben Herr Geh. Sanitätsrat Dr. Theodor Toeplitz. Zum zweiten Male steht die deutsche Turnerschaft an der Bahre ihres Vorsitzenden innerhalb der Kriegsjahre, der nach dem Tode des alten Goetz das Schiff der D. T. mit ruhiger, kräftiger Hand zielbewußt durch alle Stürme des Krieges und die Umwälzungen gesteuert hat. — Ganz besonders hart ist der II. Turnkreis (Schlesien und Südposen umfassend) getroffen, der in dem Verstorbenen seinen unermüdlichen, treuen Kreisvertreter betrauert, unter dessen mehr als 25jähriger Leitung der Kreis sich zu schönster Blüte entwickelt hat. — Geheimrat Toeplitz war, wie wir im „Stadion“ lesen, einige Jahre vor dem Kriege Vertreter der Deutschen Turnerschaft im Reichsausschuß geworden und hat dort durch sein verbindliches Wesen viel zum guten Einvernehmen zwischen den Turn- und Sportverbänden im Reichsausschuß beigetragen. In den Vorarbeiten für die internationalen olympischen Spiele 1916 bewährte sich sein ausgleichender Einfluß in bester Weise. Vor allem gab er auf dem internationalen olympischen Kongreß in Paris als Mitglied der deutschen Vertretung in der Bestimmung des zukünftigen turnerischen Standard-Programms durch seine eindrucksvollen Reden und seine Fähigkeit, sich in gleicher Gewandtheit in allen drei Kongreßsprachen auszudrücken, den Ausschlag. Mit Abschluß des Krieges und Neuaufbau des Reichsausschusses wurde Toeplitz zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Eine seiner letzten Handlungen in dieser Eigenschaft war die Zustimmung zu einer Vorstandssitzung im Juli in Berlin, woraus zu erkennen war, daß der Verstorbene auf eine noch recht lange und eifrige gemeinsame Arbeit im Reichsausschuß rechnete. — In Breslau war Geheimrat Toeplitz Leiter des Krankenhauses Bethesda und ein vielbegehrter Kinderarzt. Ueber 20 Jahre gehörte er der Stadtverordnetenversammlung, zuletzt in deren Vorstand, an, war Vorsitzender des Schulausschusses und hat sich besonders um die Ferienkolonien große Verdienste erworben.

△ (Vom oberschlesischen Kohlenmarkt.) Trotzdem im vergangenen Monat, abgesehen von dem Aufstand der polnischen Bergarbeiter im Rybniker Revier, besondere Störungen nicht zu verzeichnen waren, sind, so wird der Nisser Zeitung geschrieben, die Förderleistungen der Gruben doch sehr niedrig geblieben, so daß eine Herabminderung der hohen Förderkosten ausgeschlossen war. Hierzu kommen noch die ständigen neuen Forderungen der Bergleute, die sich zur Zeit aber weniger auf Löhne als hauptsächlich auf Beschaffung billiger Lebensmittel durch die Gruben erstrecken, sowie der Umstand, daß die Arbeiter vielfach eigenmächtig verkürzte Schichten unter 8 Stunden verfahren. Die Verhältnisse sind also nach wie vor keineswegs rosig. Die Verkehrsschwierigkeiten haben sich etwas gemildert, die Wagenstellung war im großen ganzen ausreichend, leider aber recht ungleichmäßig und unzuverlässig. Die Notschreie der Verbraucher über wanaelnde Kohlenlieferungen wollen nicht verstummen. Die oberschlesische Kohlenindustrie ist aber auch genötigt, auf die Kohlenversorgung des neutralen Auslandes Bedacht zu nehmen, um Gegenwerte für dessen Lieferungen zu schaffen. Ferner wurde durch die im Austausch gegen Kartoffeln aus der besetzten Provinz Posen an die Polen gelieferten Kohlen das Quantum für den Inlandverbrauch noch wesentlich weit herabgemindert. Verhältnismäßig am besten war noch die Versorgung der Koksanstalten, denen es dadurch möglich war, die in der vorangegangenen Zeit erlittenen Schäden wieder etwas auszugleichen. Daß die Besetzung Oberschlesiens durch die Polen für Versorgung der deutschen Kohlenverbraucher geradezu katastrophale Folgen haben würde, braucht nicht erst gesagt zu werden.

= (Verstärkte Ausprägung von Kleingeld.) Zeitungsnachrichten zufolge wird, um dem herrschenden Mangel an Kleingeld abzuhelfen, die Ausprägung von Kleingeldmünzen in doppelt verstärktem Maße erfolgen. In Betracht kommen 50-Pfennig-Stücke, von welchen 10 Millionen hergestellt werden sollen. 5 Millionen sind bereits ausgeprägt. Von Eisenmünzen (5-Pfennig-Stücke) sind etwa 37 Millionen, von Zinkmünzen (10-Pfennig-Stücke) 29 Millionen ausgeprägt. Es steht zu erwarten, daß in Kürze eine neue Anweisung des Bundesrats zur Ausprägung weiterer Kleinmünzen ergeht. — Auf die Einführung eines 2½-Pfennig-Stückes ist nicht zu rechnen.

Deutsch-Nationale Volkspartei des Kreises Namslau.

Vom 10. bis 12. Juni veranstaltete der hiesige Kreisverein der Deutsch-Nationalen Volkspartei im Saale der Grimm'schen Großherberge einen Informationskursus in Parteiangelegenheiten. Es wurden 8 Vorträge gehalten und zwar sprach Generalsekretär Kube aus Breslau am Mittwoch vormittag über das Thema: Deutsch-Nationale Volkspartei und Auslandspolitik, und am Donnerstag nachmittag über: Deutsch-Nationale Volkspartei und Christentum. Parteisekretär Kindervater aus Breslau berichtete in ausführlicher Weise am Dienstag früh über Organisation und Versammlungstechnik, und nachmittags über: Deutsch-Nationale Volkspartei und Landwirtschaft. Ferner hielt selbiger am Mittwoch einen Vortrag über: Deutsch-Nationale Volkspartei und Fürsorge für Mittelstand und Beamtenschaft und am Donnerstag früh über: die Friedensbedingungen und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Volkserneuerung. In Ergänzung zu diesem Vortrage sprach noch Herr Parteisekretär Neufeld Breslau über: die politischen Folgen der Friedensbedingungen.

Die Verhandlungen wurden geleitet vom Kreisvorsitzenden Oberamtmann Muschner aus Carlsruhe O.-S. Das Interesse an den hochinteressanten und auch belehrenden Vorträgen wurde von Tag zu Tag lebhafter und knüpfte sich an alle Vorträge jedesmal eine recht interessante Aussprache, an der sich die Mitglieder, auch die Damen der Deutsch-Nationalen Volkspartei im Kreise Namslau, ganz besonders Herr Kaufmann Tietze hierselbst und Pastor Hoffmann Reichthal, beteiligten, sodaß diese Veranstaltungen, in welchen die Herren Parteibeamten den Zuhörern mit vollen Händen aus dem reichen Schatze ihres politischen Wissens und ihrer praktischen Erfahrung ein „voll gedeckt und überflüssig Maaß“ in den Schoß schütteten, nicht ohne fruchtbaren Erfolg geblieben sind. Vor allem war es der Pfingstgeist der Einigkeit, der über den Wogen der Verhandlungen schwebte, sodaß der Informationskursus einen ebenso befriedigenden als harmonischen Abschluß fand. Den Herren Parteibeamten müssen die hiesigen Parteimitglieder für die mühevolle Vortragsarbeit von Herzen dankbar sein.

Namslau. Die deutsch-demokratische Partei hat beim Kreis-Ausschuß folgenden Antrag eingebracht: Bei der bevorstehenden Siedelung und Landparzellierung wird in allen den Fällen, in denen es sich um Aufteilung ganzer Güter handelt, die „Schlesische Landgesellschaft“ in Breslau die aufteilende Stelle sein müssen, da nur ihr das notwendige Betriebskapital und die erforderlichen technischen und sonstigen Beamten zur Verfügung stehen, um so große Objekte behandeln zu können. In allen Fällen jedoch, in denen Teile von Gütern abgegeben werden, um teils den vorhandenen kleinen Grundbesitz zu einer wirtschaftlich angemessenen Größe zu verstärken, teils auch kleine Handwerker- und Arbeiterstellen neu zu gründen, wird es unbedingt notwendig sein, eine Stelle zu schaffen, die ihren Sitz in der Kreisstadt hat und von hier aus mit technischer Unterstützung durch die Schlesische Landgesellschaft diese Arbeit leistet. Zu diesem Zwecke beantragen wir, die Gründung einer „Gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft m. b. H. für den Kreis Namslau“ herbeizuführen und dem Kreistage baldigst eine entsprechende Vorlage zu machen, in der auch eine finanzielle Beteiligung des Kreises vorgesehen ist. Unser Nachbarkreis Oels hat eine solche gemeinnützige Siedelungsgesellschaft bereits ins Leben gerufen. Wir empfehlen, die Oelser Gründung zum Muster zu nehmen.

Der Vorstand des Kreisverbandes Namslau der Deutschen Demokratischen Partei.

Lebensmittelzulagen.

Um irrtümlichen Auffassungen zu begegnen, wird hierwit nochmals darauf hingewiesen, daß Lebensmittelzulagen grundsätzlich nur auf ärztliches Attest gewährt werden können.

Die dem Kreisausschuß eingereichten Atteste werden der hiesigen Aerztekommission vorgelegt, welche die Atteste begutachtet und Streichungen unter Berücksichtigung der in Frage kommenden Krankheiten und der zur Verfügung stehenden Lebensmittel vornimmt.

Diese Maßnahme ist im Interesse der Kranken unbedingt erforderlich, weil sonst nur ein Teil der Kranken Lebensmittelzulagen erhalten könnte, während die übrigen leer ausgehen müßten.

Für die von der Aerztekommission bewilligten Zulagen werden den Kranken Lebensmittelmarken verabfolgt.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Milchknappheit ist es leider nicht möglich, die **Vollmilchkarten** in voller Höhe zu beliefern. Infolgedessen müssen dieselben entsprechend der zur Verfügung stehenden Milchmenge und dem Nennwert der Milchkarten bei der jetzigen Milchausgabe gekürzt werden, jedoch auf nicht weniger als 1½ Ltr.

Vollmilchkarten im Nennwerte von 1½ Ltr. und darunter werden voll beliefert.

Sollen die Lebensmittelzulagen nach Ablauf des Attestes ohne Unterbrechung weiter gewährt werden, so ist ein neues Attest rechtzeitig, mindestens aber 14 Tage vor Ablauf des alten Attestes einzureichen, da die Aerztekommission nur einmal wöchentlich zusammentritt.

Pressevermerk.

Das Kriegsministerium hat verfügt, daß in Zukunft nicht wehrpflichtigen Männern, sowie Frauen und Kindern wie früher die Ausreise nach dem von den Polen besetzten Gebiete der Provinz Posen gestattet werden kann, daß Personen deutscher Nationalität beiderlei Geschlechts jedoch in jedem einzelnen Falle außer der Genehmigung des für ihren Wohnort zuständigen Generalkommandos (für im besetzten Gebiet ansässig gewesene Personen: der Zentralpolizeistelle Oken) die Einreiseerlaubnis des polnischen Oberkommandos bedürfen, da sie sonst ausnahmslos interniert werden. Für wehrpflichtige Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren bleibt die Demarkationslinie auch weiterhin gesperrt.

Anträge sind durch die zuständigen Polizeibehörden (Landrat, Polizeipräsident, Polizeiverwaltung usw.) beim Generalkommando zu stellen. Dem Antrage ist, soweit sie nach vorstehendem erforderlich ist, die Einreiseerlaubnis des polnischen Oberkommandos beizufügen.

— In der Nr. 27 vom 21. Mai 1919 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ befindet sich auf der dritten Spalte der zweiten Seite unter „Polen“ ein Artikel mit der Ueberschrift „Deutsche Pläne für einen neuen Krieg gegen Polen.“ Es heißt dort im ersten Absatz:

„Die „Daily Mail“ deckt Pläne Deutschlands gegen Polen auf. Drei geheime Dokumente sind in die Hände der Alliierten gefallen, die beweisen, daß Deutschland Polen bei der ersten Gelegenheit angreifen wird.“

Der dritte Absatz lautet:

„Bei einem anderen Dokument handelt es sich um einen Brief des Chefs des Generalstabes der Feldarmee an den Kommandierenden General des 6. Armeekorps in Breslau vom 15. März. Es wird darin aufgefordert, entscheidende Maßnahmen zu treffen, um Zwischenfälle in Oberschlesien hervorzurufen. Diese Zwischenfälle sollten in der Presse erwähnt werden. Auf Grund derselben sollen dann diplomatische Differenzen hervorgerufen werden. Das Dokument führt in diesem Zusammenhange unter anderem aus: Es wird anempfohlen, Erhebungen von Polen in der Gegend der deutschen Grenze hervorzurufen. Man muß die deutsche Presse beeinflussen, welche in dieser Sache mittelst tendenziöser, aufreizender Artikel mitwirken könnte. Die sich ergebenden Unruhen müssen dem Hauptquartier mitgeteilt werden, welches einen diesbezüglichen Bericht an die Waffenstillstandskommission abgehen lassen wird.“

Von diesen aus der „Gazeta Warszawska“ (also einem Warschauer Blatt) übernommenen angeblichen Befehl vom 15. März 1919 an den Kommandierenden General des 6. Armeekorps, über eine Absicht der Obersten Heeresleitung einen polnisch-deutschen Krieg zu provozieren, ist nach erfolgter Nachforschung bei keiner Stelle etwas bekannt.

Es handelt sich also, um eine glatte Fälschung, die von polnischer Seite ausgehend, in die Entente-Blätter mit der klaren Absicht, die Deutschen als Angreifer hinzustellen, übertragen worden ist. Nach den Heeresberichten des 6. Armeekorps beunruhigen die Polen die Grenzorte tagtäglich durch Beschießung, Ueberfälle usw.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß große Gebiete Schlesiens, wenn nicht der „Grenzschutz“ treue Wacht hielte, genau wie Posen schon längst ein Opfer der polnischen Habgier geworden wären.

— **Kaufmännische Kurse** in Fremdsprachen und Handelsfächern beginnen Anfang Juli hierselbst unter pers. Leitung des Breslauer Sprach- und Handelslehrers B. Nowack. Jedem, der sein Wissen auf gründliche und billige Art erweitern will, sei die Teilnahme dringend empfohlen. (Näheres siehe Inseratenteil.)

Kirchliche Nachrichten.

Am Trinitatisfest den 15. Juni 1919 predigen:
7½ Uhr vorm. Pastor Melz.
9½ Uhr vorm. Pastor Melz.
11 Uhr vorm. Kindergottesdienst.
Kollekte für Außerordentliche Notstände.
Montag, den 16. d. M. abends 8 Uhr Bibelstunde.
Dienstag, den 17. d. M. nachm. 4 Uhr Missionsnähverein.

Vereinsnachrichten.

Sonntag, den 15. Juni nachm. 3½ Uhr Ausflug des Luisenvereins.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche) Schützenstraße 6, Sonntag abend 8 Uhr Versammlung. Herr Pastor Geller, Breslau.

Standesamtliche Nachrichten.

Woche vom 7. bis 13. Juni 1919.

Es gelangten zur Anmeldung: 2 Geburten, 5 Aufgebote.
Es fanden statt: 2 Eheschließungen.
Sterbefälle: Am 6. Juni cr. die verwitwete Fleischermeister Ernestine Hoffmann geborene Brückner von hier 84 Jahre alt. Am 8. Juni cr. der Schulknabe Richard Paul Kleinert aus Hessenstein, 10 Jahre alt, im Kreiskrankenhause. Am 10. Juni cr. der Stellenbesitzer Karl Liebschwager von hier, 79 Jahre alt. Am 10. Juni cr. Margarete Szydlik von hier, 5 Monate alt. Am 12. Juni cr. Johannes Hentschel von hier, 7 Monate alt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 80 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 19. Juni 1906 wird die Gemeindesteuerliste für das Steuerjahr 1919, in welcher die bis zu einem Jahreseinkommen von einschl. 900 Mark veranlagten Personen aufgenommen sind, in der **Zeit vom 14. Juni bis einschl. 28. Juni d. J.** im Geschäftszimmer unserer Stadthauptkasse während der Dienststunden von 8—12 Uhr vorm. öffentlich ausgelegt sein. Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die Berufung zu, welche an den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission, Herrn Landrat hierselbst, einzureichen ist. Die in der Gemeindesteuerliste verzeichneten Personen haben Staatseinkommensteuer nicht zu entrichten.

Namslau, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat. Schulz.

Bekanntmachung.

Die Heberolle über die im Rechnungsjahre 1919 zu zahlenden Straßenreinigungskosten liegt in der Zeit **vom 14. bis einschließlich 21. Juni d. J.** während der Dienststunden vormittag von 8—12 Uhr im Geschäftszimmer unserer Stadthauptkasse zur Einsicht der Beteiligten aus.

Einsprüche betreffend die Heranziehung zu den veranlagten Straßenreinigungskosten sind binnen einer Frist von 4 Wochen bei uns anzubringen.

Der Lauf der Frist beginnt mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist.

Gegen den Beschluß des Magistrats ist binnen 2 Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Bezirksausschuß zulässig. Der Einspruch und die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Namslau, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat. Schulz.

Bekanntmachung.

Die Heberolle über die im Rechnungsjahr 1919 zu zahlenden Wasseranschluß- und Messergebühren liegt in der Zeit vom **14. bis einschließlich 21. Juni d. J.** während der Dienststunden in dem Geschäftszimmer des Magistrats zu Jedermanns Einsicht aus.

Den Pflichtigen steht gegen die Heranziehung der Einspruch zu. Derselbe ist binnen einer Frist von vier Wochen bei uns anzubringen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist.

Gegen den Beschluß des Magistrats steht den Pflichtigen binnen zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Der Einspruch und die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Namslau, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat. Schulz.

Ernteflächenerhebung für Gemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst veranstaltet in der Zeit vom 10. bis zum 20. Juni eine Schätzung des gartenmäßigen Anbaues von Gemüse. Sie bedarf einer solchen Schätzung als Unterlage für die Versorgung mit Gemüse. Den Herren Gemeinde- und Gutsvorstehern, sowie den Magistraten Namslau und Reichthal werden besondere Fragebogen zugesandt werden. Die nötigen Anweisungen zur Ausfüllung des Fragebogens sind aus der gedruckten Anleitung, die jedem Fragebogen beigegeben ist, zu ersehen.

Ich ersuche, die ausgefüllten Fragebogen bis spätestens zum 21. d. Mts. dem Kreisausschuß, Abteilung für Obst und Gemüse einzureichen.

Gayur, Landratsamtsverwalter.

Beilage zu Nr. 68 des „Ramslauer Stadtblattes“

Ramslau, Sonnabend, den 14. Juni 1919.

wir Oberschlesien und die Saar behielten, würde infolge der eingangs geschilderten Veränderungen in den Produktionsverhältnissen unsere Steinkohlenförderung nach dem Urteil von berufensten fachmännischer Seite von 190 Millionen Tonnen heruntergehen. Der Bedarf wird schätzungsweise mindestens 116 Millionen Tonnen betragen. Es blieben zur Ausfuhr 14 Millionen Tonnen; dagegen sollen wir nach dem Friedensvertrag allein den Gegnern im Jahre 1920/21 44½ Millionen Tonnen und im Jahre 1929 noch 35 Millionen Tonnen geben. Ginge uns Oberschlesien verloren, so würde sich die angegebene Kohlenförderung von 130 Millionen Tonnen um etwa 23 v. H. ververringern; ginge auch das Saargebiet verloren, so käme noch eine weitere Verringerung von 7 v. H. hinzu. Lieferungsverträge mit Polen über den Bezug oberschlesischer Kohle können uns nicht befriedigen, da Oberschlesien unter polnischer Verwaltung desorganisiert werden würde und die Polen uns aus politischen Gründen bei der Lieferung zweifellos in jeder Weise schikanieren würden.

Allerdings kann die deutsche Braunkohlenförderung gesteigert werden, und es können im weiteren Maße als bisher Wasserkräfte nutzbar gemacht werden. Doch das bringt keine grundlegende Aenderung. Wir haben schon Braunkohlen aus Böhmen beziehen müssen, von der es ungewiß ist, ob wir sie künftig erhalten. Die wichtigste deutsche Wasserkraft, die des Oberrheins, nimmt Frankreich für sich in Anspruch. Eine ruhige Prüfung, die sich der Verantwortung ihres Urteils bewußt ist, muß zu dem Ergebnis kommen, daß nach den ursprünglichen Bedingungen des Friedensentwurfs uns über die Hälfte unseres Gesamtkohlenbedarfs entzogen würde, womit — da der Bedarf von Eisenbahnen, Gasanstalten und Hausbrand kaum verringert werden kann — die deutsche Industrie zum Erliegen käme. Wenn uns Oberschlesien und das Saargebiet verblieben, würde dagegen der deutsche Verbrauch um ein Viertel eingeschränkt werden müssen. Das hätte zum mindesten die Folge, daß der deutschen Industrie ihre bisherige Grundlage vollkommen entzogen würde, sodaß irgend eine Voraussicht, in welchem Umfange sie weiter bestehen könnte, nicht mehr möglich wäre.

Was die Eisenerze anlangt, so gingen uns durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens 75 v. H. unserer Eisenproduktion verloren. Wenn es auch gelingt, Verträge über die Lieferung der Eisenerze zu schließen, und wenn wir, was sehr zweifelhaft ist, genug fremde Währung aufbringen können, um weiterhin Erze aus Spanien, Schweden usw. zu beziehen, so ist, da der sichere eigene Besitz fehlt, nicht mehr daran zu denken, daß die deutsche Eisenindustrie weiterhin die Grundlage der deutschen Wirtschaft bilde. Sie würde, wenn die sozialen Verhältnisse und die Kohlenversorgung geregelt werden, ein von Zufälligkeiten abhängiges unsicheres Dasein führen.

Baumwolle, Wolle, Häute und die meisten sonstigen Grundstoffe unserer Industrie mußten wir schon aus dem Ausland beziehen. Wir konnten dies, weil wir sie durch unsere Ausfuhr zu zahlen vermochten und weil wir dank unseren Handelsverträgen, unserer hochentwickelten Schiffahrt, eigenen Kabel, sowie kapitalkräftigen weitverzweigten Unternehmungen deutscher Firmen im Auslande eine selbständige und zu beachtende Stellung hatten. Alles das wird uns durch den Frieden entzogen. Unsere Ausfuhr — bei dem Darniederliegen unserer Industrie an sich schon verkümmernd — muß in erster Linie dazu dienen, unsere Schulden mit fremder Währung zu bezahlen. Nur so weit es unsern Gegnern, den Hauptkonkurrenten unserer Ausfuhr, gefällt, sollen wir behufs Einfuhr von Rohstoffen ausführen können. Unsere Handelsschiffe werden uns weggenommen; wir sind auf die Willkür fremden Schiffsraumes angewiesen. Unsere Kabel hat die Konkurrenz im Besitz: sie wird ihre Nachrichten zuerst befördern und dann, wenn sie will, die unsrigen. Die deutschen Interessen im Ausland gehen uns verloren. Die deutschen Guthaben und Vermögen in fremder Währung im Ausland, mit denen wir wieder Einfuhrgeschäfte hätten bestimmen können, nimmt man rechtswidrig weg. Handelspolitisch sollen wir keinerlei Rechte im Ausland zugesagt erhalten, weder Meistbegünstigung noch Gleichstellung mit den Inländern. Man kann uns den Handelsbetrieb verbieten oder uns unterschiedlich behandeln, wie man will. Vom Osten werden wir durch die Tschechoslowaken und Polen abgeschlossen.

Bei solchen Verhältnissen ist — wenn nicht die Grundlagen der Friedensbedingungen geändert werden — gar nicht daran zu denken, daß wir, von der Eisenindustrie ganz abgesehen, wieder eine Textil-, Leder-, chemische Industrie usw. auf irgendwelcher solider Grundlage werden haben können. Damit aber jede Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten wird, nimmt und der Gegner von vornherein 30 v. H. unserer Maschinen weg.

Deutschland wird aufhören ein Industriestaat zu sein. Es wird keine anderen als kümmerliche und völlig unsichere industrielle Existenzen hervorbringen können. Die Hauptquelle des Unterhalts der Bevölkerung versiegt. Damit nicht genug, werden durch die Abtrennung der östlichen Provinzen etwa 20 v. H. der landwirtschaftlichen Produktion weggenommen. Deutschland hängt damit nunmehr rettungslos vom gutem Willen der Getreide produzierenden Länder ab. Woher es das Geld zur Bezahlung seiner Getreideeinfuhr und der Thomasschlacke, die es künftig gleichfalls einführen muß, nehmen soll, bleibt ungewiß. Auch als Agrarstaat kann Deutschland noch weniger leben, als es dies früher konnte.

Aber selbst die eigene Verwaltung des Landes bleibt Deutschland nicht. Die Kontrolle über die Binnenschiffahrt auf allen Wasserstraßen und Kanälen und damit indirekt, sowie durch eine Reihe sonstiger Einzelbestimmungen die Kontrolle über die Eisenbahnen geht an die Gegner über. Daneben wird durch die Wiedergutmachungskommission eine unbegrenzte Fremdherrschaft über alle Erwerbszweige, Finanzwirtschaft und Verwaltung ausgeübt.

Aus alledem ergibt sich: mögen die Friedensbedingungen so bleiben wie sie sind, mögen sie in unwesentlichen Punkten oder selbst in einigen Punkten, die wesentlich sind, abgeändert werden, wenn man versucht, sich nüchtern und ruhig ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Folgen zu machen, kommt man zu dem Schluß, daß Deutschland vollkommen finanziell zerrüttet wird und wirtschaftlich nicht mehr leben kann. Es ist nötig, daß man das klar erkennt und offen und bestimmt ausspricht.

Die Wiener Regierung lehnt die Verantwortung ab.

St. Germain en-Laye, 12. Juni. Nach einer Meldung des Wiener Tel.-Korr.-Bureaus hat Staatskanzler Renner heute dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der er den Mächten der Entente vorstellt, daß das deutsch-österreichische Volk durch die Bedingungen der unentbehrlichsten Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung beraubt wäre, denn ihm bliebe weder sein Heimatboden noch seine Lebensnotdurft. Es würde seiner reichsten und fruchtbarsten Landstriche beraubt. Gegen ihren Willen, ihr nationales Bewußtsein und ihre wirtschaftlichen Interessen würden mehr als vier von zehn Millionen Deutsch-Oesterreichern einer feindseligen Fremdherrschaft unterworfen. Man sei mit entmutigendem Stillschweigen über den vom deutschen Volk in Westungarn wiederholt kundgegebenen Wunsch hinweggegangen, durch Volksabstimmung über den Anschluß an Deutsch-Oesterreich befragt zu werden. Die aus dem lebendigen Leibe eines Volkes herausgerissenen Stücke würden unter die reichen Nachbarn verteilt, die sie unter der Wucht ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit erdrücken wollen. Was von Deutsch-Oesterreich bleibe, bestände bloß aus den Alpenländern und der Hauptstadt Wien, die von den sechs Millionen Einwohnern zwei Millionen beherberge und zufolge ihres Ausscheidens aus der früheren Monarchie ungleich mehr geschädigt würde, als irgendein anderer Teil des ehemaligen Reiches.

Dieser Staat könnte

nur ein Viertel der für seine Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel

selbst erzeugen. Er müßte jährlich 12 Millionen Tonnen kaufen, während seine eigene Förderung kaum 2 Millionen erreichte. Er könnte die notwendigen Einfuhren nicht durch Ausfuhr decken, weil ihm mit den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens fast alle Exportindustrieen entrissen würden, so die Braunkohlenlager, die Baum- und Schafwoll- und Leinenweberei, die Glas- und Porzellanindustrie, die Zuckerfabrikation und die chemische Industrie. Gleichzeitig würde sein Transportwesen finanziell und betriebstechnisch ruiniert, indem die vier Eisenbahnlinien, die quer durch die Alpen von Norden nach Süden führen, und ebenso eine der zwei wichtigen Transversallinien von Osten nach Westen ihrer Ausgangspunkte beraubt und vielfach unterbrochen werden. Mit dem Verlust der deutsch-böhmischen Bäder und Südtirols entfielen auch die ausländischen Zahlungsmittel, die der Fremdenverkehr ins Land bringe. Die Einfuhren, von denen Nahrung und Arbeit der Bevölkerung abhängt, würden nicht zu bezahlen sein.

Die Note weist ferner darauf hin, daß Deutsch Oesterreich infolge der finanziellen Friedensbedingungen darauf angewiesen sei, sich sobald als möglich Nahrungsmittel, Kohlen und andere Waren aus den auf dem Boden der Monarchie entstandenen Staaten zu verschaffen, was wenigstens zum Teil durch Ausfuhr der deutsch-österreichischen Industrieerzeugnisse geschehen könnte. Da aber die neuen Staaten nach den Friedensbedingungen Deutsch-Oesterreich gegenüber auch dann Meistbegünstigung genießen würden, wenn sie Deutsch-Oesterreich die Meistbegünstigung versagten und die Ausfuhr seiner Artikel verhinderten, und da sie einseitig das Recht zur Benutzung der deutsch-österreichischen Eisenbahn und Postlinien hätten, so hätten sie auch kein Bedürfnis nach Verträgen mit Deutsch-Oesterreich. Auch eine Bezahlung der unentbehrlichsten Erzeugnisse der neuen Staaten durch Hingabe des Deutsch-Oesterreich noch verbleibenden Kapitals wäre infolge der Friedensbedingungen undurchführbar. Der Umrechnungsschlüssel für die Schulden der deutsch-österreichischen Staats angehörigen werde so festgesetzt, daß sie ungefähr zweimal so viel zahlen müßten, als sie tatsächlich schulden und zugleich würde den neuen Staaten das Recht eingeräumt, alles Vermögen der Staatsbürger und Handelsgesellschaften Deutsch-Oesterreichs in deren Gebieten zu beschlagnahmen.

Die Note sagt weiter: diese und ähnliche ganz unbegreifliche Klauseln entspringen der sehr sonderbaren Idee, die unmöglichen Bestimmungen, die die feindlichen Mächte einem besiegten Großstaat auferlegen wollen, auf das Verhältnis zwischen unserem neuen Staate und den anderen Teilen der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie anzuwenden.

Die Entziehung des in Gebieten der früheren Monarchie befindlichen, d. h. fast des ganzen Vermögens der deutsch-österreichischen Staatsbürger wäre eine Unmöglichkeit. Damit würde nicht nur das letzte Mittel zur Bezahlung der notwendigsten Lebensbedürfnisse genommen, sondern auch

der vollständige finanzielle Zusammenbruch des Staates,

aller Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und aller privaten Unternehmungen herbeigeführt werden. Die meisten Unternehmungen, deren Sitz Wien war, würden durch die Beschlagnahme ihres Vermögens in den anderen Ländern der früheren Monarchie enteignet und die Schuldenlast des überlasteten deutsch-österreichischen Staates durch die Verpflichtung, die enteigneten Besitzer zu entschädigen, ungemein erhöht, während Deutsch-Oesterreichs finanzielle Kräfte durch Enteignung des in der alten Monarchie gelegenen Vermögens seiner Staatsbürger vernichtet würden.

Die Note erklärt weiter, daß die Vernichtung Deutsch-Oesterreichs und die Entstehung eines sozialen und politischen Krankheitsherdes wohl nicht dem europäischen Interesse und dem der alliierten und assoziierten Mächte entspreche. Auf den angeführten Gründen müßten die Friedensbedingungen sehr wesentliche und grundsätzliche Aenderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen würden schon in den nächsten Tagen von deutsch-österreichischer Seite Vorschläge gemacht werden, während die wirtschaftlichen Anträge für den Zeitpunkt vorbehalten würden, in dem alle bezüglichen Kapitel der Friedensbedingungen vorliegen würden. Schon jetzt werde darauf hingewiesen, daß die Liquidation der Verhältnisse zwischen den auf dem Boden Oesterreich-Ungarns entstandenen Staaten eine ganz andere Aufgabe sei als die Wiederherstellung des Friedens zwischen kriegführenden Mächten. Sie erfordere langwierige Arbeiten und könne nicht durchgeführt werden, ohne daß auch Deutsch-Oesterreich gehört werde. Die Note schlägt zur Entwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sich in die Gebiete der Monarchie teilenden Staaten die Schaffung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorsitz von Delegierten der alliierten Großmächte vor, in dem auch Deutsch Oesterreich mitarbeiten würde. Der Friedensschluß könnte erfolgen, ohne den Abschluß der Arbeiten dieses Ausschusses abzuwarten.

Die Note weist darauf hin, daß die Wirkungen der Friedensbedingungen, nämlich die Zerstückelung Deutsch Oesterreichs und die Vernichtung seiner Volkswirtschaft nicht den Absichten der gegenwärtig die Geschicke der Völker lenkenden Mächte entsprechen könnten. Die Zerstückelung Deutsch-Oesterreichs würde sich in ihren Folgen nicht auf Deutsch-Oesterreich beschränken. Es würde ein politisches und soziales Chaos bewirkt werden, in das unvermeidlich die nächsten Nachbarn verstrickt werden würden und dessen letzte Auswirkungen unabsehbar seien.

Die Note erklärt zum Schluß: Wir können vorweg keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-österreichische Regierung, die durch sechs Monate unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrecht erhalten hat, für die Folgen solcher Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen nicht in der Lage wäre.

Der Viererrat in einer Sackgasse.

Frankreich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Versailles, 10. Juni. Bei den Beratungen über die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge ist der Viererrat in eine Sackgasse geraten. Das geht ohne Zweifel aus sämtlichen Aeußerungen der Pariser Morgenpresse hervor. Wie es scheint, besteht England, unterstützt von Amerika, auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Monat Oktober. Frankreich dagegen verlangt eine zweijährige Wartezeit. Die ferneren bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie deutsche Minderheiten im Feindesland behandelt werden sollen, und schließlich scheint man sich über die wirtschaftlichen und finanziellen Bürgschaften, die man verlangen soll, nicht einig zu sein. Kurz und gut, es herrscht heute vollständige Ungewißheit. Durch diesen Stand wird auch die Stellung Oesterreichs zum Verbande wesentlich gestärkt.

Versailles, 10. Juni. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß von französischer Seite die ganze Kraft auf den Kampf gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gerichtet wird. „Journal des Débats“ hebt hervor, daß es absolut notwendig sei, die Grundsätze vom 7. Mai aufrecht zu erhalten. Man könne unmöglich zugeben, daß Deutschland automatisch Mitglied des Völkerbundes werde und daß ihm dieselben wirtschaftlichen Vergünstigungen eingeräumt werden, wie jedem anderen Staate, der von Anbeginn an Mitglied des Völkerbundes war. Auch hinsichtlich der Behandlung nationaler Minderheiten will Frankreich keinerlei Zugeständnisse machen. Die nationalistische Presse in ihrer Gesamtheit sucht Clemenceau darin zu bestärken, daß er namentlich Konzessionen auf dem Gebiete des Statuts des Völkerbundes verweigere. Unter diesen Umständen ist vorerst garnicht abzusehen, ob die Antwort des Verbandes auf die deutschen Gegenvorschläge noch in dieser Woche zu erwarten ist.

Auch der Börsenbericht des „Temps“ von heute abend erklärt, daß flaues Geschäft festzustellen sei, weil erstens die Begünstigungen der Streiks daran schuld seien, und auch der Zeitpunkt, zu dem die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erwarten sei, nicht abgesehen werden könne. Eine besondere Verstimmung auf der Pariser Börse scheint es hervorgerufen zu haben, daß sich die englische und amerikanische Börse gut hielt und daß ansehnliche Geschäfte abgeschlossen wurden. Man sieht daraus, wie recht „Newyork Herald“ hatte, als er heute vormittag erklärte, die ganze Friedensfrage sei vorerst in eine Sackgasse geraten.

Die Meuterei in Toulouse.

Bern, 11. Juni. Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterie-Regiments in Toulouse erklärt das „Berner Taablatt“ von durchaus zuverlässiger Seite, daß es sich um das in Toulouse stehende Infanterie-Regiment 283 gehandelt habe, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter dem Ruf „Nieder mit Clemenceau, nieder mit dem Krieg!“ und sich weigerte, weiter Kriegsdienste zu tun. Ein anderes Infanterie-Regiment, dem vom Armee-Kommando die Entwaffnung der Meuterer anbefohlen wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Revolte die reitenden Jäger von Montsubage herbeigerufen werden mußten.

Eine Drohung der Polen.

Die in Oppeln erscheinende „Gaseta Opolska“ berichtet, daß nach einer Beratung mit den Ministern in Warschau beschlossen worden sei, bei Marschall Foch zu beantragen, daß die Truppen Polens und Rumäniens unter Aufsicht französischer Offiziere und unter Teilnahme von bestimmten Offizieren diejenigen Teile Deutschlands, die Polen zugesprochen sind, besetzen. Das Blatt gibt zu, daß die Truppen des Generals Haller an der oberschlesischen Grenze zum Einmarsch bereit stehen.

Die Polen fühlen sich trotz der Hallerschen Truppen noch nicht stark genug. Sie rufen deshalb ihre Freunde und Beschützer, die Franzosen an, ihnen bei der Besetzung der ihnen im ersten Friedensentwurf zugesprochenen Gebietsteile behilflich zu sein.

Die Antwort auf die Gegenvorschläge.

Ueberreichung am Freitag.

Paris, 11. Juni. Havas gibt nachstehenden diplomatischen Bericht bekannt:

Die Regierungschefs begannen gestern mit der Prüfung der Schlußforderungen, die die Sonderausschüsse zu den verschiedenen Artikeln des deutschen Gegenentwurfes eingereicht haben. Am Vormittag wurde der Bericht der Schadenersatzkommission erörtert. Man scheint sich einer Lösung zu nähren, die den Vorschlägen der Sachverständigen Klotz und Loucheur entspricht, die sich gegen die Festsetzung einer bestimmten Entschädigungssumme ausgesprochen haben, während die Amerikaner verlangen, daß in dem Vertrage die Zahl von 100 Milliarden Goldmark nebst Zinsen festgelegt werde.

Am Nachmittage befaßten sich die Regierungschefs mit dem ungarischen Grenzproblem.

Heute vormittag 10 Uhr treten im Ministerium des Aeußern die Außenminister der Großmächte zusammen. Kramarcz und Bratianu werden in der Frage der ungarisch-tschechoslowakischen und der ungarisch-rumänischen Grenze gehört werden. Im Anschluß hieran wird ein Bericht abgefaßt werden, den der Viererrat in seiner um 4 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung zur Kenntnis nehmen wird.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wurde gestern noch nicht erörtert, dagegen wird sie zweifellos heute zur Sprache kommen. — Clemenceau wird mit Entschiedenheit den französischen Standpunkt vertreten, wonach die Aufnahme Deutschlands durchaus unerwünscht wäre, durch die Unbesiegte, Angreifer und Opfer auf die gleiche Höhe gesetzt würden. Clemenceau wird betonen, daß mindestens eine bestimmte Frist abgewartet werden muß, um die aufrichtig friedliche Gesinnung Deutschlands festzustellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird schließlich diese Absicht durchdringen.

Bezüglich des polnisch-deutschen Grenzproblems scheint eine Lösung bevorzustehen wonach, eine Art gemischte Volksabstimmung durchgeführt werden soll.

Man hoffe, die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Freitag, den 13., überreichen zu können. Präsident Wilson begibt sich an diesem Tage nach Belgien. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird voraussichtlich endgültiger Natur sein, und der deutschen Delegation wird keine Gelegenheit zu Diskussionen mehr gegeben werden. Die deutsche Delegation wird eine Frist von höchstens acht Tagen erhalten, um nach Berlin zu fahren, sich mit der Regierung zu besprechen und sodann die Antwort bekannt zu geben.

Weiteres polnisches Attentat in Oberschlesien.

WTB. Oppeln, 12. Juni. Die „Oppelner Nachrichten" melden: Am 11. Juni um 10,50 Uhr abends wurde an der Malapane in Kilometer 73 der Strecke Groschowitz—Brockau der Ueberbau des Gleises Brockau—Groschowitz über der Flutöffnung gesprengt. Güterzug 6363 ist hinter der Brücke entgleist. Die Lokomotive und 15 Wagen stürzten die Böschung herab und wurden schwer beschädigt. Der Lokomotivführer ist anscheinend leicht verletzt. Gleis Brockau—Groschowitz bleibt auf unbestimmte, Gleis Groschau—Brockau auf längere Zeit gesperrt. Der Personenzugverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Die Friedensverhandlungen.

Die Abänderungen des Vertrages.

Paris, 12. Juni. „Intransigeant" berichtet, die Zensur gestatte endlich, mitzuteilen, Lord Robert Cecil habe dem Ausschusse der Gesellschaft der Nationen vorgeschlagen, Deutschland zu einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt in die Gesellschaft der Nationen aufzunehmen, und zwar mit allen Folgen einer solchen Zulassung, nämlich gleicher Abrüstung für alle, Schutz der deutschen Minderheiten in allen Ländern und Herabsetzung der wirtschaftlichen Einschränkungen. Die französischen Mitglieder des Ausschusses hätten die Annahme abgelehnt.

Paris, 11. Juni. (Reuter.) Wie verlautet, werden die Alliierten das Ersuchen Deutschlands, das Mandat über seine früheren Kolonien zu erhalten, ablehnen.

Der amerikanische Senat gegen den Friedensvertrag.

Wtb. Washington, 11. Juni. (Reuter.) Der republikanische Senator Knox brachte einen Antrag ein, in dem er erklärte, der Senat könne sich den Bestimmungen des Völkerbundvertrages nicht anschließen und schlage für die Unterzeichnung die Trennung des Völkerbundvertrages vom Friedensvertrag vor. Dies würde jedem Volke gestatten, sich seine Entscheidung über den Völkerbund ohne Nachteil vorzubehalten. Der Antrag wurde dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten zur weiteren Erwägung überwiesen. Dem Vernehmen nach wird eine Entschließung als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz beabsichtigt, nach der der Senat sich der Unterzeichnung des Friedensvertrages in der gegenwärtigen Fassung widersetzen werde.

Die Hoffnung der Entente auf einen Regierungswechsel in Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Die Erwartung der Entente, daß, wenn die gegenwärtige deutsche Regierung den Friedensvertrag nicht unterzeichnen will, sich doch alsbald ein neues Reichskabinett für die Unterzeichnung finden werde, spitzt sich nach hier an unterrichteten Stellen eingetroffenen Meldungen aus Versailles immer mehr dahin zu, daß die Unabhängigen gemeinsam mit Erzberger und seinem engeren Freundeskreis die Regierung übernehmen würden.

Clemenceaus „Sieg".

Versailles, 12. Juni. Die Abendblätter bestätigen die völlige Unnachgibigkeit der Entente-Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge. Der französische Erfolg wird der festen Haltung und der Beredsamkeit Clemenceaus zugesprochen.

Deutschland wird in die Liga der Nationen erst nach längerer, vorläufig unabsehbarer Zeit, aufgenommen. Von Aenderungen in den Territorialfragen kommt nur noch eine völlig verklausulierte Volksabstimmung in Teilen von Oberschlesien nach zwei Jahren in Betracht. Was inzwischen mit dem Lande geschehen soll, wird nicht gesagt. Die Festsetzung der Entschädigungen ist nicht auf eine bestimmte Summe beschränkt, doch scheint man den deutschen Vorschlag, die Zahlung nach Prozenten vom deutschen Budget abzuleiten, anzunehmen. Ueber das Schicksal der Rheinlande wird nichts neues mitgeteilt. Die französische Ansicht scheint sich auch hier durchgesetzt zu haben. Die Antwort wird spätestens Sonnabend übergeben werden. Eine Frist von acht Tagen einschließlich der drei Tage zur Kündigung des Waffenstillstandes ist für die deutsche Entschließung vorgesehen. Es ist unmöglich, die Vorschläge zu diskutieren. Unsere Antwort ist schon vor 14 Tagen gegeben worden.

Die deutsche Sprache in Prag.

Die „Deutsche Morgenzeitung" berichtet folgende Episode, die sich auf der Prager Straßenbahn abspielte. Ein Herr stieg in den Wagen, löste in deutscher Sprache seine Fahrkarte und fragte zugleich, wann und wo er zum Wilson-Bahnhof umsteigen müsse. Der Schaffner gab ihm auf deutsch zur Antwort, daß er es ihm rechtzeitig sagen werde. Ein tschechischer Legionsoffizier, der in der Nähe stand, erklärte dem Schaffner barsch, er dürfe bloß tschechisch erwidern und wenn der Betreffende dies nicht verstehe, möge er hinfahren, wohin er wolle. Der deutschsprechende Herr erkundigte sich hierauf beim Schaffner, was der Offizier zu ihm gesprochen habe. Der Schaffner erwiderte ihm wieder in deutscher Sprache: „Ich soll nicht deutsch Auskünfte erteilen", worauf der deutsche Herr zu dem tschechischen Offizier ging, ihm seine Legitimation präsentierte und ihn in deutscher Sprache höflichst bat, mitzugehen, da er den Vorfall zur Anzeige bringen wolle. Dieser vermeintlich deutsche Herr war ein Mitglied der hier weilenden amerikanischen „HoovKommission". Der tschechische Offizier, der plötzlich auch gut deutsch sprechen konnte, bat vielmals um Entschuldigung und ersuchte gleichzeitig, diesen ihm äußerst unangenehmen Zwischenfall nicht zur Anzeige zu bringen. Doch der Amerikaner ließ nicht nach und ließ die Indentität des Legionsoffiziers feststellen.

Provinzielles.

Breslau. Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Aufnahme einer 62 Millionen-Anleihe beantragt. — Dem Lehrling eines hiesigen Drogengeschäftes ist es gelungen, in hiesigen Apothekengeschäften wiederholt Einbrüche auszuführen, wobei er für 20000 Mark Waren entführt hat. Der Dieb ist festgenommen worden.

Frankenstein. Mehrere Banditen drangen in einer der letzten Nächte zu Stolz in den Stall eines Gutsbesitzers ein. Sie wurden durch das Gebell des Hundes verraten. Als der Besitzer den Stall betrat, waren die Männer gerade im Begriff, eine Kuh abzuschlachten. Es entspann sich ein Feuergefecht. Die Einbrecher sind unerkannt entkommen.

Schweidnitz. Eine greise Rentiere wurde in ihrer mit Gas völlig angefüllten Küche als Leiche aufgefunden. Jedenfalls hat die Frau vergessen, den Gashahn zu schließen. Selbstmord scheint nicht vorzuliegen.

Waldenburg. Ein Straßenbahnwagen fuhr hinter einer Kurve mit voller Wucht in ein Lastfuhrwerk der Karlshütte. Der Kutscher des letzteren wurde getötet. Der Führer des Straßenbahnwagens und die Fahrgäste auf dem Vorderteil retteten sich durch Abspringen.

Beuthen O.-S. Der Schütze Heidok wurde beim Transport eines Schmugglers, der Waren nach Polen bringen wollte, von einem andern aus dem Hinterhalte erschossen.

Gleiwitz. Am Germaniaplatz wurde ein Bretterfuhrwerk, auf dem ein Sarg stand, von der Polizei angehalten. Beim Oeffnen des Sarges fand man denselben angefüllt mit Gewehren und Munition.

Königshütte. Im Reichsbankgebäude versuchten zwei Männer, von welchen einer Infanterie-Uniform trug, dem Oberpostschaffner Krause und dem Postaushelfer Rother 40000 Mark zu rauben; der eine Bandit suchte den Krause, als er die Treppe hinaufstieg zu Fall zu bringen, während der andere dem Rother Pfeffer in die Augen streute. Der Anschlag mißlang. Die Täter entkamen

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

22. Fortsetzung.

„Mutter, ich wußte, was du tatest — du nicht. Nicht umsonst habe ich dir abgeredet. — Bist du noch nicht fertig mit dem allen? Komme doch d'rüber weg!"

„Nein, nie! Ich kann nicht. Jetzt weniger als je," rief sie leidenschaftlich und starrte dann wieder auf das Bild in ihren Händen. „Sieh, Erich, das konnte dein sein! Und du mußt dich nun hier einschränken — ein Revierförster."

In seine stahlblauen Augen trat ein dunkles, zorniges Leuchten.

„Mutter, tust du recht, an meiner Ruhe zu rütteln? grollte er. „Ich habe mich durchgekämpft und bin zufrieden mit meinem Geschick. Willst du das mühsam Aufgebaute wieder einreißen? — Wenn du mich lieb hast, kein Wort darüber! Ich verwünsche jenen Tag, der uns den Brief von der Gräfin Allwörden ins Haus brachte — seit der Zeit bist du ja wie verwandelt, grübelst über geschehene Dinge, und das ist weder dir gut noch mir. — — Laß uns jetzt ein wenig gehen, damit du auf andere Gedanken kommst!

Er zog ihren Arm durch den seinen, und sie mußte ihm folgen. Später, milder Sonnenglanz lag au den Bäumen, die im glühenden Herbstschmuck ihrer Blätter prangten.

Mutter, wie schön! Wird dir das Herz nicht weit?

Sie sah ihn von der Seite an. Wie ähnlich war er doch seinem Vater! Das stolze, schmale Gesicht, die blauen Augen, die in auffallendem Gegensatz zu seinem schwarzen Haar standen, das alles glich dem andern. Der Ausdruck seines Gesichts war männlicher, selbstbewußter, als der seines Vaters, fast hart zu nennen in seiner Energie. Darin hatte er eine auffallende Aehnlichkeit mit Rüdiger Allwörden, dessen hartes, hochmütiges Antlitz sie nicht hatte vergessen können.

Heute fiel es ihr auf, wie Erich jetzt mit leicht geneigtem Haupte neben ihr herschritt, die Stirn ein wenig kraus gezogen, die Lippen, die ein dunkles Bärtchen zierte, fest aufeinanderliegend — — ganz so hatte der jüngere Allwörden ausgesehen, als er ihr vor fünfzehn Jahren seine Bedingungen vorschrieb.

Er hatte es doch gut gemeint! So hatte Erich wenigstens behauptet. Sie aber konnte das nicht einsehen, und ihr Haß gegen Rüdiger war frisch wie am ersten Tage. Sie dachte, wenn sein Einfluß auf die Familie so groß war, wie Ottokar immer behauptet, dann wäre es auch ein leichtes für den jungen Juristen gewesen, zu ihren Gunsten zu sprechen und zu handeln. Und sie verzieh ihm nicht, daß er es nicht getan. Fast unbewußt entschuldigte sie damit des Gatten Schwäche vor sich selbst.

Als Erich mit seiner Mutter die Fahrstraße, die durch den Wald von der Stadt nach der Oberförsterei und dem Dorfe Steinfurt führte, überkreuzte, kam ein leichter Jagdwagen dahergefahren, von einer jungen Dame gelenkt, die neben einem älteren Herrn saß.

„Der Oberförster!" sagte Erich, stehenbleibend, da dieser ihm zuwinkte.

„Tag, Berger! 's ist gut, daß ich Sie treffe! Kommen Sie nachmittag 'rüber; es soll ein bißchen gekegelt werden und ein Skat gekloppt," rief der Graubart ihm schon von weitem zu. Beim Näherkommen reichte er auch Frau Maria die Hand. „Tag, Frau Berger! Schön, daß Sie sich auch mal weiter rausgemacht haben. Hier, meine Tochter; gestern frisch angekommen — soll sich nun mal wieder eine Zeitlang Heimatwind um die Nase wehen lassen. Hab sie lange genug entbehren müssen."

Auf Erichs Gesicht lag eine leichte Röte der Verlegenheit, als er sich jetzt vor dem Mädchen verneigte. Sie dankte nur mit einem kurzen, hochmütigen Kopfneigen und sah über ihn hinweg.

Das also war Jutta von Eggert, die Tochter seines Vorgesetzten. Er sah sie jetzt nicht zum ersten Male; heute morgen, als er mit seinem Rade nach Steinfurt gefahren war, um die Postsachen zu holen, war sie ihm schon begegnet. Sie führte ihr elegantes Rad vorsichtig über den moosigen Waldboden; anscheinend war daran etwas nicht in Ordnung. Sofort sprang er ab, lehnte sein Fahrrad an einen Baum und bot der Radfahrerin galant seine Hilfe an, die auch dankend angenommen wurde. Bald hatte er erkannt, woran es fehlte; während er beschäftigt war, den Schaden zu reparieren, plauderte sie lustig mit ihm, und er antwortete ebenso.

„So zeitig schon unterwegs, mein gnädiges Fräulein," fragte er.

„Ich bin halt früh aufgestanden!"

„Fürchten Sie sich nicht — allein, ohne Begleitung? Oder soll es nicht mehr weit gehen?"

Sie lächelte ihn an, und halb singend kam es von ihren Lippen:

„Weiß nicht, woher ich kommen bin, weiß nicht, wohin ich geh'. Vielleicht bin ich ein Waldvögelein, oder gar —"

„Ein Reh," vollendete er. „So'ch' feines Schmaltierchen hat der Herzog hier nicht im Gehege, das müßte man eigentlich festhalten."

„Die Jäger sind hier nicht tüchtig genug dazu." Unter seinem bewundernden Blick errötete sie, aber es war nicht vor Unwillen.

„Wer weiß, es käme auf den Versuch an."

„Ja, wenn Sie einer wären — —".

Da er zum Sonntag nicht den grünen Rock trug, sondern einen hellgrauen Anzug mit Mütze, konnte sie ja nicht sehen, daß er ein Forstbeamter war.

„Und wenn ich nun einer wäre? Dürft' ich dann wohl das Schmaltierchen fangen?"

„Wenn Sie Mut und Geschicklichkeit dazu besäßen." Kokett legte sie den hübschen Kopf auf die Seite und lächelte ihn an. „Doch jetzt muß ich weiter! Meinen Dank für Ihre Bemühungen, Herr—"

„Waldschratt."

Sie lachte und schüttelte sich in komischen Entsetzen.

„Nein, nein — um Gottes willen."

Er hielt ihre kleine Hand fest.

„Und soll ich Sie niemals wiedersehen?

Sie sann einen Augenblick nach.

„Es kommt darauf an, wo Sie wohnen — — von mir aus könnte ich es fast jeden Tag ermöglichen."

(Fortsetzung folgt.)

Copyright 1913 py Greiner & Comp. Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen verboten.

Den geehrten Inserenten zur wiederholten Mitteilung, daß Anzeigen

spätestens

bis 9 Uhr vorm.

für die auf den folgenden Tag der Aufgabe erscheinenden Nummer des Namslauer Stadt- oder Kreisblattes Aufnahme finden. Später eingehende Inserate werden erst in nächster Ausgabe veröffentlicht.

Die Expedition
des Namslauer Stadt- und Kreisblattes.

Vermögens-Verzeichnisse
sind zu haben
O. Opitz'sche Buchhandlung.

Pfingstzucker-, Fleischmarken- und Milchkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe erfolgt:

Montag, den 16. Juni, vorm. von 8—12 Uhr für die Haushaltungen Ring, Bahnhofstr., Peter-Paulstr., Pfarrgasse, Mühlgasse, Wassergasse, Klosterstraße.

Dienstag, den 17 Juni, vorm. von 8—12 Uhr für die Haushaltungen Herrengasse, Mittelstr., Langestr., Hospitalgasse, Hintergasse, Schützenstr.

Mittwoch, den 18. Juni, vorm. von 8—12 Uhr für die Haushaltungen Andreaskirchstr., Poststr., Schulstr., Hohegasse, Braugasse, Krakauerstr.

Donnerstag, den 19. Juni, vorm. von 8—12 Uhr für die Haushaltungen Wilhelmstr., Kasernenstr., Briegerstr., Haselbachstr., v. Maréestr., Dt. Vorstadt, Poln. Vorstadt, Sandvorstadt.

Die Hausbewohner sind **verpflichtet**, die Kontrollkarten **dem Hauswirt zu übergeben**, damit derselbe die Karten bei der Markenausgabestelle rechtzeitig abholen kann.

Namslau, den 13. Juni 1919

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
gez. **Dr. Sayur**, Landratsamtsverwalter.

Wachsablieferung.

Die Wachsabgabe ist so stark zurückgegangen, daß sich das Ministerium veranlaßt sieht, die Abgabe von Bienenzucker für die Imker zu sperren, die sich der Wachsabgabe entziehen und in Zukunft die Zuckerversorgung von der Wachsabgabe — neben der Honigablieferung — abhängig zu machen. Imker, welche dem Schleichhandel Wachs abgeben, erhalten keinen Zucker.

Da das Wachs für Medizinal- und andere wichtige Zwecke unbedingt gebraucht wird, so muß die Behörde — falls die Wachsabgabe nicht bessere Erfolge aufweist — zu obigen Maßnahmen greifen.

An eine Aufhebung der Zuckerrationierung ist infolge des Rückgangs des Rübenbaues noch garnicht zu denken. Es liegt deshalb im Interesse des Imkers selbst, daß ein jeder beträchtliche Menge von Wachs zur Ablieferung bringt

Es werden gezahlt:

für bodensatzfreies, reines Bienenwachs	12,—	pro kg
„ alte Waben	4,—	„ „
„ Preßrückstände (gut trocken, ohne Schimmel)	0,40	„ „

Namslau, den 6. Juni 1919.

Sayur, Landratsamtsverwalter.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß in den zur Verarbeitung zugelassenen Oelmühlen des Kreises die Verarbeitung ohne den vorgeschriebenen Schlagschein vorgenommen worden ist. Ich weise wiederholt darauf hin, daß dies unzulässig ist und daß solche Mengen, die ohne Ausweis in die Oelmühle gebracht werden, sofort ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt werden. Die Berechtigung zum Ausschlagen von Oelfrüchten kann nur an diejenigen B-sitzer erteilt werden, die Oelfrüchte selbst angebaut und geerntet haben. Ein freihändiger Ankauf von Oelfrüchten ist verboten und es wird in keinem Falle die Genehmigung zum Ausschlagen von gekauften Oelfrüchten erteilt werden. Die Schlagscheine werden in der Kreiskornstelle Namslau ausgestellt.

Sayur, Landratsamtsverwalter.

Quarkverkauf.

Ergänzung zur Bekanntmachung vom 7. Juni, Stadtblatt Nr. 66.

Die Haushaltungen haben den Quark bis jeden Donnerstag vormittag bei den Verkaufsstellen abzuholen. Späterer Verkauf findet nicht statt.

Namslau, den 13. Juni 1919.

Sayur, Landratsamtsverwalter.

Einladung zur Generalversammlung

der **Entwässerungsgenossenschaft Dziedzitz** für **Donnerstag, den 17. Juli 1919, nachmittags 7 Uhr,** bei Gastwirt Bzik in Dziedzitz.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Wahl des gesamten Vorstandes.

Die Versammlung ist gemäß § 17 des Statuts ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Genossenschafts-Vorsteher.
Fitzek.

Krankenkassen- An- und Abmeldebogen auch als Postkarten-Formular

zu haben in der

Buchdruckerei O. Opitz.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sowie für die herrlichen Kranzspenden sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Namslau, den 12. Juni 1919.

Familie Ollesky.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer,** Breslau V, Schweidnitzer Stadtgraben 16 Tel 6389.

Landkarten vom Deutschen Reich

mit Angaben über seine Zerstückelung.

Preis 1,50 Mk.

Zu haben in der

Buchhandlung O. Opitz.

Königliche Preussische Lotterie-Einnahme Namslau

Die Lose 1. Klasse

sind bis zum **17. Juni** einzulösen. Die Gewinne bis zu 500 Mark können schon jetzt, von 1000 Mark an erst vom 17. ab, erhoben werden.

Tietze Lotterie-Einnahme.

Bin unter **Telephon-Nr. 189** angeschlossen.

Julius Knepper,
Wilhelmstr. 7.

Bin unter **Nr. 55** angeschlossen.

Alois Muschiol,
Tiefbaugeschäft, Bergwerk und Tiefbauunternehmung,
Klosterstraße 34.

Geschäfts-Verlegung.

Einem geehrten Publikum von Namslau und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich meine

Bau-, Kunst- und Fahrradschlosserei

nach meinem Hausgrundstück

Langestraße 9

verlegt habe.

Hermann Wende,
Bau- und Kunstschlosserei.
Fahrräder.

Unterricht in Violine

erteilt gewissenhaft

A. Reichelt.

Wohnung **jetzt** Wilhelmstraße (Pietzonka) II. Etage.

Bierpresshefe

hat noch abzugeben

Brauerei A. Haselbach.

Dominium Altstadt

hat noch

einige hundert Schock Rotkohl-, Weißkohl- und Kohlrabi-Pflanzen

abzugeben.

Krankenkassen- An- u. Abmeldebogen

empfiehlt die **O. Opitz'sche Buchdruckerei.**

Jedermann muß dieses Buch kaufen!

Mitte nächster Woche erscheint das Buch:

Die neuen Steuergesetze

Text der Gesetzentwürfe mit Erläuterungen
Unter Benutzung der amtlichen Begründungen
von Artur Norden
Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium.

Preis 5,50 M.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung O. Opitz,
Namslau. Reichthal.

Den geehrten Herrschaften von Stadt und Land empfehle ich mich zur Ausführung von

moderner Haarfrisur
und Kopfwaschen

in und außer dem Hause.

Nach langem, ausgedehnten Unterricht in erstklassigem Institut für **moderne Haarfrisur,** Kopfwäsche usw. hoffe ich, allen weitgehendsten Ansprüchen der mich beehrenden Herrschaften zu genügen und bittet auch bei allen Familienfestlichkeiten, Haussesten, Bällen und anderen Anlässen um gütige Aufträge.

A. Pokora, Briegerstr. 47.

Suche im Kreis Namslau ein

Gut

von 150—300 Morgen bei jeder Anzahlung.

Bedingungen gute Gebäude, guter Boden, guter Viehbestand, elektrisches Licht, möglichst auch Kraft, Katholische Schule am Ort. Angebote an

Stadtgutsbesitzer Paternoga,
in Freiburg Schlesien
Schweidnitzerstr. 6.

Prima Stockholz

(beste Feuerung für Ziegeleien, Brennereien etc.)

ist frei Waggon Empfangsstation in großen Mengen abzugeben. Gefl. Angebote an

Muschiol, Tiefbaugeschäft, Namslau.

Das Zahnpulver „Nr. 23"

(gesetzlich geschützt).

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt **P. Bahr.**

In 2 Packungen:

„Rosa" erhält die Zähne gesund und blendend weiß

„Weiß" zahnsteinlösend, reinigend.

Man verlange ausdrücklich **„Nr. 23"** mit Namenszug „Zahnarzt P. Bahr."

Zu haben in der Apotheke, Drogerie und einschlägigen Geschäften.

Gute Nahrung

braucht das Leder, sonst bricht es frühzeitig. Verwenden Sie nur Oelwachs-Lederputz

Nigrin

und Ihre Schuhe bleiben gut.

7 Stück 8 Wochen alte Gänse

zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition.

Sprach- und Handelskurse
in Namslau.

Unter persönlicher Leitung des Unterzeichneten beginnen Anfang Juli in Namslau für Damen und Herren Kurse in **Polnisch, Tschechisch, Französisch, Englisch, Buchführung, Stenographie, Deutsch, Handelskorrespondenz, Schreibmaschine usw.** — Jedes Fach kann **allein** gelernt werden. Vorkenntnisse nicht notwendig. Gründliche Ausbildung. Für Militär Zahlungserleichterung. Verlangen Sie **heute** noch kostenlosen Prospekt von

Victor Nowack, Sprach- und Handelslehrer,
Breslau 8, Lützowstraße 11.

Suche p. bald eine

Landwirtschaft

mit mass. Gebäuden und gutem lebendem Inventar. Größe 20—30 Morgen. Gefl. Zuschriften unter **G. S. 100** an die Redakt. d. Ztg. Agenten verbeten.

Wirtschaftsverband.
Sonntag, den 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr
Hotel Krone

Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht über Kreiszusammenschluß. Wirtschaftsbesprechung.

Der Vorsitzende. Brandt.

Schweizer-Versammlung.
Am 17. Juni findet abends 8 Uhr bei Herrn Lorenz eine

öffentliche Schweizer-Versammlung

statt, wozu alle Kollegen des Kreises Namslau eingeladen werden.

1. Verhandlungen über unsere Lohnfrage.

Auch die Herren Gutsbesitzer, die Schweizer beschäftigen, sind willkommen.

Die Einberufer.

Weber's Garten.
Sonntag, den 15. Juni,

Großes Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des Freiw. Grenadier-Regt. Nr. 7.
Anfang 8 Uhr.

Reichthal „Deutscher Kaiser"
Sonntag, den 15. Juni,
von 4 bis 7 Uhr nachm.
Großes

Militär-Garten-Konzert

ausgeführt von der Inf.-Kapelle Detachement Lieran Kempen
unter Leitung des Musikmeisters Herrn Habrich.

Nach dem Konzert: Tanzkränzchen.

Bei schlechtem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Zu dem am Sonntag, den 15. Juni d. Js. im Saale des Herrn Mokros—Grambschütz stattfindenden

Post-Vergnügen

ladet freundlichst ein **das Komitee.**

Anfang 5 Uhr.

S.C. Preußen, E.V. 16.

Wettspiel

Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, am Wasserturm.

S. C. P. 1 gegen hiesigen Grenzschutz, Gren.-Regt. 7, 5. Komp.

Während des Wettspiels Konzert

ausgeführt von der Kapelle des hiesigen Grenzschutzes.
Entree 50 Pfg.

Der Reinertrag ist zu Gunsten der Kriegsgefangenenfürsorge bestimmt.

Der Vorstand.
Kastner.

Morgen Sonntag:

Schleifen-Tanz,

wozu ergebenst einladet **Jacob.**

Zu dem am Sonntag, den 15. d. Mts. stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet ergebenst ein
Eduard Kynast, Gasthausbesitzer
Anfang 6 Uhr. Wd. Marcwitz.

Erstklassig. Reell.

Scharfs Etablissement
Sonnabend, den 14. Juni
hochinteressante

Schwerathleten-Vorstellung

mit Couplet-Vorträgen und Konzert.

Vorführung durch den Mann mit dem
Löwengebiß, Meisterringer u. Schwerathlet von Amerika

Gustav Ernst.

Prämie!

200 M. demjenigen, der die Vorstellung widerlegt.

Das geehrte Publikum von Namslau und Umgegend ist herzlich geladen. Besonders interessant für Sportfreunde.

Preise der Plätze:

Im Vorverkauf:		An der Abendkasse:	
Sperrsitz	1,80 M.	Sperrsitz	2,00 M.
1. Platz	1,30 „	1. Platz	1,50 „
2. Platz	0,80 „	2. Platz	1,00 „
Stehplatz	0,50 „	Stehplatz	0,60 „

Vorverkauf Friseurgeschäft Gebel u. Zigarrengeschäft Mummert. Kinder zahlen die Hälfte.

Anschließend großer Tanz!

Musik von Mitgliedern der Militärkapelle.

Kassenöffnung 7 Uhr abends. Anfang 8 Uhr abends.

Stabschläger

für sofort oder später sucht
Faßfabrik Heine, Breslau 18.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

können sich melden.
Dampfziegelei Böhmwitz.

Männer und Frauen

werden zur

Heuarbeit

sofort angenommen.

A. Haselbach.

Landmädchen

nach Auswärts für Rittergut gesucht. Tagelohn 4 M. bei vollständiger freier guter Beköstigung. Meldung Sonntag und Montag **Bahnhofs-Hotel Kreuzburg.**

Suche zum 1. Juli d. Js. **perfekte Stütze** für größeren evangel. Haushalt von 4 Personen, 2 Mädchen etc. vorhanden, zum Teil Selbstversorgung.
Zeugnisabschriften, Bild, Gehaltsansprüche an Frau Fabrikbesitzer **G. Wahrendorf,** Striegau i. Schl.

Sauberes Stubenmädchen

wegen Verheiratung meines jetzigen Mädchens per 1. Juli d. Js. bei gutem Lohn gesucht. Vermittlung erbeten.
Zeugnisse, Gehaltsansprüche, Bild an Frau Fabrikbesitzer **G. Wahrendorf,** Striegau i. Schl.

Landw. Plauderstunde
Sonntag, den 15 Juni, nachm. 4 Uhr bei Honscha in Eckersdorf.
Winterschule Namslau
Direktor Arndt.

Freiw. Feuerwehr.
Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr,

Uebung.

Der Brandmeister.
Für die Steiger- u. Spritzenabteilung werden noch Mitglieder angenommen.

Zurückgekehrt

Dr. Kunicke,
Facharzt f. Frauenleiden und Geburtshilfe
Breslau am Hauptbahnhof I Ecke Gartenstr.
Gegenüber dem Hotel Kronprinz.
Fernruf 3520.

Zahn-Atelier.
Künstliche Gebisse, Plombieren, Nervtöten, Zahnziehen.

A. Weissenbach
Dentist,
Namslau Ring 18.
Zugelassen zu den Kranken-Kassen.

Junggeselle, kath. mit gutgeh. Geschäft, sucht Damenbekanntschaft

zwecks baldiger Heirat. Offerten unter 5 an die Exp. d. Bl.

Wer heiraten will, bestelle gegen Einf. von 30 Pfg. den **Schlesischen Heiratsanzeiger in Neurode i. Schlesien.**

Für Musik, Klavier und Geige
empfiehlt sich
Fritz Wohlfahrt
Strehlitz.

Zu verkaufen:
1 modfarben. Herrenleinjakett, neu, für mittlere schlanke Figur,
1 seidene Gürtelweste,
1 weiße Weste,
1 Herren-Filzhut
1 Herren-Strohhut } W. 54
mehrere Oberhemden,
W. 40, weiß u. bunt, neu
1 P. neue Stiefeln,
Größe 28½.
Zu erfragen in der Exp. d. Blattes.

Blaue Hose,

Größe 1,70 m zu kaufen gesucht. Angebote an die Expedition d. Blattes.

---

20 Ztr. gr. Weiden

stehen zum Verkauf bei
Stirnagel, Strehlitz.

Ernteleitern,

starke und schwächere, empfiehlt
Hartmann, Saabe.

Haarschmuck
Spangen, Kämme, Pfeile
nimmt zur Reparatur an
P. Hirschberg, Friseur
Namslau, Ring 20.

---

5 bis 6000 Mark

gesucht auf Grundstück. Offerten unter **G.** an die Expedition d. Bl.

Selbstgeber berichtet schnell **Geld,** Ratenzahl. diskret, coulant.
J. Maus, Hamburg 5.

Ein Regenmantel

verloren in der Nähe der Brauerei Haselbach. Gegen Belohnung abzugeben in der
Buchhandlung Lorcke, Klosterstr. 8.

Ein Dobermann

auf den Namen „Tell" hörend, entlaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzugeben bei
Schlesinger, Buchelsdorf.

Goldene Brosche

verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei **Reibnitz,** Krakauerstr. 10.

Ein junger

Schmiedegeselle

kann sich melden.
Karl Schön, Schwirz.

Haushälter

zu meiner Aufspannung wird gesucht.
Hotel zum schwarzen Adler.

Ein sauberes ehrliches

Dienstmädchen

kann sich melden.
Wilhelmstr. 4.

Suche bald eine Koch-Stütze und Köchinnen, Stuben- und Küchenmädchen, Landkutscher u. Mägde. **Thomas Stannek,** gewerbsmäß. Stellenvermittler, Namslau. Telephon 280.

Ordentl. Mädchen

für sofort oder 1. Juli gesucht.
Schule Giesdorf.

Evangelisches ordentliches

Hausmädchen

wird Anfang Juli nach Pommern gesucht. Meldungen an Frau Kreisarzt **Dr. Gross,** Rosenberg O.-S.

Suche für 1. Juli oder später

Wohnung,

6—8 Zimmer, Garten, Remise, Stall, möglichst einzelne Villa, zu mieten.
Hauptmann Rumland, Brieg.

Ein geräumiges

unmöbl. Zimmer,

mögl. parterre, evtl. Laden, sofort zu mieten gesucht. Von wem, zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Suche zum 1. 10.

3-4-Zimmer-Wohnung

mit Küche oder halbes Häuschen zu mieten. Wenn mögl. mit etwas Garten oder Gartenbenutzung. Angebote erbittet verw. Frau Pastor **Scholz,** Namslau.

Ein Laden

in bester Geschäftslage sofort oder später zu mieten gesucht. Off. u. **E. M. 100** a. d. Exp.